

Zeitschrift „Deutsche Rentenversicherung“, Ausgabe 3/2017

Inhaltszusammenfassungen der Beiträge

Beitrag 1

Digitale Ökonomie und ihre Folgen für die Entwicklungsrichtung der gesetzlichen Rentenversicherung

von: Prof. Dr. Frank Nullmeier, Bremen

Die Digitalisierung der Wirtschaft wird seit einigen Jahren intensiv unter den Stichworten Industrie 4.0, Arbeit 4.0 oder Digital Economy diskutiert. Eine Auseinandersetzung mit den sozialpolitischen Folgen der digitalen Ökonomie und eine Sozialpolitik 4.0 hat in der Bundesrepublik aber gerade erst begonnen (vgl. BMAS 2016b; Haunss/Nullmeier 2016; Buhr et al. 2017). Die folgenden Überlegungen wollen sich mit einem ganz speziellen Ausschnitt aus den vielen aufgeworfenen Fragestellungen zu den Wirkungen einer digitalen Ökonomie beschäftigen. Es soll untersucht werden, ob sich die Argumentationslage zwischen den denkbaren Entwicklungsrichtungen der gesetzlichen Rentenversicherung aufgrund der strukturellen Folgen der Digitalisierung verändert. Von besonderem Interesse ist dabei, ob eine Fortentwicklung in Richtung Erwerbstätigenversicherung im Zuge der digitalisierten Ökonomie unterstützt wird. Bisherige Stellungnahmen zur generellen Vorzugswürdigkeit der Entwicklung von einer Arbeitnehmer- zu einer Erwerbstätigen- oder Bürgerversicherung werden dabei vorausgesetzt (vgl. Rische 2008; Friedrich-Ebert-Stiftung 2008; Bieback 2014; Gasche 2017). Die Analysen zu Gestalt und Folgen einer digitalen Ökonomie treffen auf eine bereits weit entfaltete Argumentationslandschaft zugunsten und zulasten der bisherigen Gestalt der gesetzlichen Rentenversicherung als Arbeitnehmersversicherung, der Einbeziehung von Selbstständigen und/oder Beamten in die Versicherungspflicht beziehungsweise die Erweiterung zu einer Bürgerversicherung mit Einbeziehung der gesamten Wohn- und Erwerbsbevölkerung und/oder der Verbeitragung weiterer beziehungsweise aller Einkommensarten. Die Veränderungen, die eine von der Digitalisierung durchdrungene und bestimmte Wirtschaft auslösen könnte, aktivieren bestimmte Gründe in diesem Raum der Argumente für oder gegen unterschiedliche Entwicklungsrichtungen der gesetzlichen Rentenversicherung, lassen andere Argumente hinfällig werden und führen neue Gründe in die Debatte ein.

Beitrag 2

Teilzeitarbeit neben Kindererziehung – Auswirkungen auf die gesetzliche Rente

von: Dr. Dina Frommert und Marcel Lizon, Berlin

Der vorliegende Beitrag untersucht anhand von Modellrechnungen, inwiefern in der gesetzlichen Rentenversicherung geringere Einkommen ausgeglichen werden, die sich aus einem reduzierten Erwerbsumfang während der Phase der Kindererziehung ergeben. Die Modellrechnungen orientieren sich an einer für Skandinavien durchgeführten Studie, sodass die Ergebnisse in einen internationalen Kontext eingeordnet werden können. Die Ergebnisse werden für Altersrenten und Erwerbsminderungsrenten dargestellt. Die Kompensationswirkung der Kindererziehungsleistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung ist je nach Entgeltposition und Rentenart unterschiedlich ausgeprägt. Bei den Altersrenten ist sie im internationalen Vergleich eher am oberen Ende anzusiedeln.

Beitrag 3

Staatliche Fonds und Alterssicherung: Erfahrungen anderer Länder

von: Dr. Christoph Freudenberg, Berlin

In den jüngsten Jahren forderten unterschiedliche rentenpolitische Akteure die Einrichtung eines staatlichen Fonds zur Anlage individueller Altersersparnisse. Dabei verwiesen die Befürworter auf die guten Erfahrungen in anderen Ländern. Der vorliegende Beitrag wirft daher einen Blick auf die Ausgestaltung von staatlichen Fonds im internationalen Vergleich. Ein besonderer Fokus wird auf den norwegischen Staatsfonds, den schwedischen AP7-Fonds sowie den dänischen, sozialpartnerschaftlich geprägten ATP-Fonds gelegt. Dabei zeigt sich, wie unterschiedlich diese Fonds ausgestaltet sind, insbesondere im Hinblick auf ihre Zielsetzung und Anlagestrategie. Ein Augenmerk verdient das schwedische und dänische Modell. Beide überzeugen durch ihre geringe Kostenstruktur. Nichtsdestotrotz kommt der Autor zu dem Schluss, dass eine Übertragbarkeit dieser Modelle auf Deutschland nicht ohne Weiteres möglich ist.

Beitrag 4

Private Vorsorge zwischen Wunsch und Wirklichkeit – die ambivalente Rolle von Unsicherheit im neuen Rentenmodell

von: Dr. Felix Wilke, Erfurt

Mit dem Umbau des deutschen Rentensystems seit der Jahrtausendwende hat die Idee einer privaten Vorsorge im gesamten Alterssicherungssystem eine größere Bedeutung bekommen. Dem politischen Diskurs zufolge organisieren Individuen ihre Vorsorge auf dem Weg der rationalen Organisation des Lebensabends. Demgegenüber stehen handlungstheoretische Überlegungen, die Unsicherheit als wesentlichen Bestandteil des Entscheidungsprozesses berücksichtigen. Anhand empirischer Analysen mit Sparverhalten und Altersvorsorge in Deutschland (SAVE) und dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) im Querschnitt und im Längsschnitt wird gezeigt, dass Individuen unter Unsicherheit in Form einer instabilen Arbeitsmarktlage und eines langen Zeithorizonts seltener langfristige Vorsorgeplanung betreiben und mit dem Abschluss eines Vorsorgeprodukts bis zum Übergang in eine unbefristete Beschäftigung warten. Der Aufsatz verweist auf ein Dilemma. Jüngere und Personen in instabilen Beschäftigungsverhältnissen sehen sich nur unzureichend durch die gesetzliche Rentenversicherung abgesichert und betrachten deshalb private Vorsorge als eine wichtige Angelegenheit für die eigene Absicherung im Alter; gleichzeitig sind sie seltener als andere in der Lage, sich auf ein langfristiges Vorsorgeprodukt festzulegen.

Beitrag 5

Die Sachverhaltsgleichstellung des Europäischen Rechts in der Deutschen Rentenversicherung – Bedeutung, Reichweite und Grenzen

von: Dr. Arno Bokeloh, Bonn

Nach Europäischem Recht berücksichtigt der zuständige Staat, wenn der Eintritt bestimmter Sachverhalte oder Ereignisse Rechtswirkungen hat, entsprechende Sachverhalte oder Ereignisse so, als seien sie im eigenen Hoheitsgebiet eingetreten. Die Sachverhaltsgleichstellung darf keinen Wechsel der Zuständigkeiten zur Folge haben und nicht zu sachlich nicht zu rechtfertigenden Ergebnissen führen. Die Sachverhaltsgleichstellung, die im Wesentlichen auf der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes beruht, konkretisiert im Ergebnis das Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit und dient der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und Selbstständigen innerhalb der Europäischen Union.

Beitrag 6

Informationssicherheit: Rahmenbedingungen und Strategien in der Deutschen Rentenversicherung

von: Dr. Michael Stegmann, Würzburg

Die Zukunft der Deutschen Rentenversicherung ist digital. Das gilt für interne Abläufe, Geschäftsprozesse und für die Kommunikation mit Versicherten, Arbeitgebern und anderen Stellen. Dies erfordert auch eine Strategie, wie diese Prozesse und Kommunikationswege abgesichert werden können. Denn die Rentenversicherung lebt vom Vertrauen. Sie muss ihre Prozesse und vor allem ihre Daten effizient und wirksam schützen. Der Beitrag gibt einen Überblick über die Lage und Perspektiven aus Sicht der IT-Sicherheit und skizziert die wesentlichen Anforderungen, um auch in der Zukunft die Verfügbarkeit, Vertraulichkeit und Integrität der Daten und der Geschäftsprozesse sicherzustellen.